

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der DDR

Mit der Umstellung auf ein Neues Ökonomisches System versucht die DDR seit einiger Zeit, die Wirksamkeit ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erhöhen. Aus diesem Grund sollen in den folgenden Abschnitten die Beziehungen zwischen Wirtschaftsablauf, Planzielen und Planungsmethodik einer kurzen Analyse unterworfen werden. Zu Beginn unserer Überlegungen müssen wir uns dabei die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in den fünfziger Jahren vor Augen führen.

A. Ziele und Ablauf des Siebenjahrplans 1959—1965

1. Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger Jahren als Ausgangsbasis für den Siebenjahresplanentwurf

In ähnlichem Ausmaß wie die Bundesrepublik konnte auch die DDR im Zehnjahresabschnitt 1950 bis 1960 einen erheblichen Anstieg ihrer Produktion verzeichnen. Dieses Wachstum konnte trotz der an die UdSSR zu leistenden Kriegsfolgelasten realisiert werden, weil

1. die durch den Krieg zerstörten Produktionsteilaggregate nach ihrer Reparatur die gesamten Produktionsanlagen wieder voll funktionsfähig machten und damit erhebliche Produktionszuwächse ermöglichten,
2. neue Investitionen vornehmlich auf die Industrie konzentriert wurden, wo die Produktivität der Investitionsmittel relativ hoch liegt (etwa im Vergleich zum Verkehrswesen).

Das produzierte Nationaleinkommen kletterte so von 100 im Jahre 1950 auf 266 im Jahr 1960; im selben Zeitabschnitt stieg die industrielle Bruttoproduktion von 100 auf 292 (s. Tabelle 1). Bei einer Zerlegung des Gesamtzeitraums in zwei Fünfjahrsabschnitte zeigt sich für das Nationaleinkommen allerdings ein Rückgang des Wachstumstempos von + 86 vH (1950—55) auf + 43 vH (1955—60); für die Bruttoproduktion der Industrie lauten die entsprechenden Angaben: + 90 vH (1950—55) und + 55 vH (1955—60).

Tabelle 1

Nationaleinkommen und Industrieproduktion der DDR 1950, 1955 und 1960—1966

Jahr	National- einkommen in vergleichbaren Preisen	individuelle Konsumtion in effektiven Preisen	Akkumulation	industrielle Bruttoproduktion in konstanten Preisen
Index: 1950 = 100				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1950	100	100	100	100
1955	186	167	211	190
1960	266	227	465	292
1961	276	238	444	311
1962	280	237	542	330
1963	289	239	516	344
1964	302	248	558	367
1965	316	257	634	390
1966	330	269	672	413

Quelle für diese und alle weiteren Zahlenangaben — soweit nichts anderes vermerkt — Statistisches Jahrbuch der DDR, div. Jahrgänge, und Statistische Praxis, div. Jahrgänge.

Die Produktionssteigerung von 1955 bis 1960 wurde mit einer fast unveränderten Beschäftigtenzahl (7,7 Mill. in der gesamten Volkswirtschaft, 2,1 bis 2,3 Mill. in der sozialistischen Industrie) erzielt. Demzufolge war die Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität mit 42 vH bis 43 vH sowohl in der Industrie als auch in der gesamten Volkswirtschaft beachtlich hoch.

2. Die ökonomische Hauptaufgabe des Siebenjahrplans

Das relativ günstige Produktionswachstum in der 2. Hälfte der fünfziger Jahre ermunterte die SED-Führung 1959 dazu, die Einholung der westdeutschen Arbeitsproduktivität und des westdeutschen Lebensstandards für 1965 ins Auge zu fassen. Innerhalb des Siebenjahrplans von 1959 bis 1965 sollte das Nationaleinkommen um etwa 59 vH (von 63 Md. MDN auf 100 Md. MDN) zunehmen und die Investitionen verdoppelt werden. Für die Industrie waren eine Steigerung der Bruttoproduktion um 88 vH und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 85 vH geplant. Die Verbesserung des Lebensstandards sollte sich in einem Anwachsen der Reallöhne um 60 bis 65 vH und in einem Anstieg der Warenverkäufe an die Bevölkerung um 67 vH niederschlagen¹⁾.

1) vgl. Gesetzblatt der DDR (Teil I) 1959, S. 703 ff.

3. Die Außerkraftsetzung des Siebenjahrplans

Schon im Jahre 1961 erwies sich, daß die Erwartungen des Siebenjahresplans zu hoch geschraubt gewesen waren. Im Gegensatz zum Jahresplan 1961 konnte in der Industrieproduktion nur ein Zuwachs von 5,9 vH (geplant: 7,2 vH) erreicht werden. Es zeigte sich jetzt, daß das Produktivitätswachstum in der 2. Hälfte der fünfziger Jahre auf einer außergewöhnlichen Verbesserung der Grundmittelproduktivität (= Produktionsmenge : Sachanlagevermögen) beruhte. Wie sich aus den inzwischen veröffentlichten Angaben über die Grundmittelentwicklung errechnen läßt, erhöhte sich die Grundmittelproduktivität im Bereich der sozialistischen Industrie von 91,6 im Jahre 1957 auf 107,9 im Jahre 1960 (1964 = 100); im gesamten sozialistischen Produktionsbereich stieg die Grundmittelproduktivität in derselben Zeit um 25,9 vH (s. Tabelle 2 und 3). Diese günstige Entwicklung kam jedoch im Jahre 1960 zum Abschluß. Unter den dann eintretenden Bedingungen konnten die ursprünglichen Planansätze nicht durchgehalten werden. Der Siebenjahrplan konnte damit nicht mehr als Orientierungsinstrument der jährlichen Volkswirtschaftspläne benutzt und mußte daher außer Kraft gesetzt werden.

Tabelle 2

Grundmittelproduktivität in der sozialistischen Industrie der DDR

Jahr	Grundmittelbestand in Mrd. MDN	Nettoproduktion	Grundmittelproduktivität ((2) : (3))	Grundmittelproduktivitätsindex 1964 = 100
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1957	70,0	23,687	0,338	91,6
1958	73,1	26,519	0,363	98,4
1959	76,4	29,723	0,389	105,4
1960	80,3	31,968	0,398	107,9
1961	84,8	33,703	0,397	107,6
1962	90,2	35,303	0,391	106,0
1963	96,2	36,815	0,383	103,8
1964	103,9	38,324	0,369	100,0
1964	103,9	36,788 ¹⁾	0,354	100,0
1965	110,3	38,102	0,345	97,5
1966	117,6	40,235	0,342	96,6

Spalte (3) — (5) vom Verfasser errechnet, Spalte (3) nach Angaben zur Bruttoproduktion und Nettoquote im Statistischen Jahrbuch der DDR (Nettoquote für 1964—1966 an Hand der Nettoquote des Nationaleinkommens zu konstanten Preisen geschätzt). —
¹⁾ 1964 Umstellung in der amtlichen Berechnung der industriellen Bruttoproduktion.

*B. Neuorientierung des Planungs- und Lenkungssystems I.**Änderung der Planungsmethodik*

Auf die Mißerfolge in Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsablauf reagierte die SED-Führung mit einer Überprüfung ihrer bisherigen Planungsmethodik. Auf dem Parteitag im Januar 1963 wurde für die Volkswirtschaft ein neues System der Planung und Leitung verkündet. Dadurch soll versucht werden, die volkswirtschaftlichen Grundproportionen nach wie vor zentral zu planen, die Betriebe aber weniger mit administrativen Methoden

(Kennzifferauflagen hinsichtlich Produktionsmengen und Kosten) als vielmehr durch den bewußten Einsatz ‚ökonomischer Hebel‘ wie Rentabilität, Preise, Kredite etc. zu leiten²⁾. Das alte Planungssystem litt darunter, daß die zentralen Planbehörden

1. die Produktions- und Distributionsabläufe wohl bis ins Detail festlegten, ohne aber
2. im Vollbesitz aller betrieblichen Detailinformationen zu sein,
3. Kriterien für ein volkswirtschaftliches Optimalprogramm nur schwach entwickelt hatten und
4. die rationale Koordination einer Vielzahl von wirtschaftlichen Teilvorgängen rechentechnisch (mangels entsprechender Computer) nicht bewerkstelligen konnten.

Es kam hinzu, daß die Betriebsleitungen bei der Vielzahl logisch nicht konsistenter Kennziffern vornehmlich die Leistungsanforderungen erfüllten, die mit den höchsten Prämienzahlungen verbunden waren. Die Betriebsleitungen waren stets bemüht, nicht sämtliche Leistungsreserven aufzudecken, da das eine Heraufsetzung der Leistungsanforderungen durch die Planbehörden und eine geringere Chance des Prämienverdienstes zur Folge gehabt hätte.

Die Konzeption des NÖS (= Neues Ökonomisches System) liegt bisher erst in groben Umrissen vor; die praktische Verwirklichung erfordert naturgemäß einen Umstellungsprozeß von mehreren Jahren. Als wichtigste bislang durchgeführte Einzelmaßnahmen wären die Industriepreisreform und die Einführung einer Produktionsfondsabgabe zu erwähnen. Durch die 1967 abgeschlossene Industriepreisreform sollten die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Preisrelationen zwischen den verschiedenen Güterarten so abgeändert werden, daß in Zukunft eine größere Übereinstimmung mit den Relationen zwischen den Produktionskosten gegeben ist. Mit der Erhebung einer Produktionsfondsabgabe — bis jetzt nur als Experiment in einigen industriellen Teilbereichen — sollen die Betriebe eine Gebühr oder einen Zins für die vom Staat (bislang unentgeltlich)

Tabelle 3

Grundmittelproduktivität im materiellen Bereich der sozialistischen Wirtschaft der DDR

Jahr	Grundmittel- bestand	Nationaleinkommen — sozialist. Sektor —	Grundmittel- produktivität
	I n d e x : 1 9 5 7 = 1 0 0		
(1)	(2)	(3)	(4)
1957	100,0	100,0	100,0
1958	104,1	113,6	108,8
1959	109,0	130,0	119,3
1960	115,1	144,9	125,9
1961	121,6	152,4	125,3
1962	129,8	154,6	119,1
1963	138,5	159,5	115,2
1964	147,6	168,6	114,2
1965	156,9	177,3	113,0
1966	166,4	184,9	111,1

Spalte (3) vom Verfasser durch Multiplikation des Nationaleinkommens zu konstanten Preisen mit dem Anteil des sozialistischen Sektors am gesellschaftlichen Gesamtprodukt ermittelt. Spalte (4) = Spalte (3) : Spalte (2).

2) Danach werden Plan und Markt nicht als Gegensätze, sondern als „Pole einer dialektischen Einheit“ verstanden. Vgl. hierzu Fritz Behrens: „Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der sozialistischen Wirtschaft“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1966/S. 351 ff.

überlassenen Produktionsanlagen (= Grundmittel) entrichten. Beide Maßnahmen bezwecken eine bessere Anpassung der Produktion an die durch Endnachfrage und Produktionstechnik gegebenen Erfordernisse.

2. Kompetenzverschiebung

Die wichtigste Neuerung in der Organisation der Wirtschaftslenkung besteht im Ausbau der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) zu sozialistischen Konzernen'. Jede WB faßt die Betriebe einer Branche zu einem Konzern zusammen, womit eine Konkurrenz zwischen den Betrieben ausgeschlossen ist. An der Spitze der jeweiligen VVB steht ein Generaldirektor, der dem zuständigen Wirtschaftsministerium verantwortlich ist. Im Gegensatz zu früher sollen die Betriebe ihre Weisungen nicht mehr von den Branchenministerien, sondern vom VVB-Generaldirektor bekommen. Als ‚Konzern‘ wird die VVB zu einer selbständig bilanzierenden Einheit, der zwar von den Planungsbehörden bestimmte Auflagen hinsichtlich des Gesamtwerts der für den Absatz bestimmten Produktion, der Absatzpreise, Löhne, Rentabilität etc. gemacht werden, die aber innerhalb dieses Rahmens selbständige Entscheidungen treffen kann. Das ausschlaggebende Orientierungskriterium wird dabei der innerhalb des ‚Konzerns‘ verbleibende Nettogewinn sein.

C. Wirtschaftliche Entwicklung seit 1961

1. Wachstum des Nationaleinkommens und Effizienz der Produktionsanlagen

Bei der gegenwärtig erst rudimentären Durchsetzung des Neuen ökonomischen Systems sind Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf verständlicherweise kaum zu spüren. Trotzdem ist die Entwicklung des Nationaleinkommens durch eine Veränderung der Zuwachsraten gekennzeichnet: der seit 1959/60 zu beobachtende Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate kam 1962 auf einem relativ niedrigen Niveau (1961/62: + 1,4 vH) zum Stillstand. In dem anschließenden Zeitabschnitt konnte ein jährliches Wachstumstempo von 4 vH bis 5 vH erreicht werden. Insgesamt stieg das produzierte Nationaleinkommen von 1961 bis 1966 um fast 20 vH, die industrielle Nettoproduktion um etwa 25 vH³⁾.

Diese erfreulichen Wachstumsresultate sind jedoch nur durch eine überproportionale Vergrößerung der Grundmittelbestände erzielt worden: im gesamten materiellen Bereich der sozialistischen Produktion betrug der Grundmittelanstieg von 1961 bis 1966 ca. 36 vH, in der sozialistischen Industrie ca. 30 vH. Demzufolge mußte eine entsprechende Verschlechterung der Grundmittelproduktivität in Kauf genommen werden. In der sozialistischen Industrie sank die Grundmittelproduktivität von 107,6 im Jahre 1961 auf 96,6 im Jahre 1966 (1964 = 100), im Gesamtbereich der sozialistischen materiellen Produktion von 125,3 (1961) auf 111,1 (1966; 1957 = 100)³⁾.

2. Forcierung der Investitionen und Zurückbleiben des Reallohns

Die Überwindung der volkswirtschaftlichen Stagnationsgefahr im Jahr 1962 war nur durch eine Forcierung der Investitionsanstrengungen möglich. Der Anteil der Anlageinvestitionen am gesamten (im Inland verwendeten) Nationaleinkommen kletterte von 16,6 vH im Jahre 1961 auf 20,7 vH im Jahr 1966. Zwischen 1961 und 1963 war die Erhöhung der Investitionsquote nur bei stagnierenden Reallohnen der Arbeiter und Angestellten (Reallohnveränderung 1961—63: + 1,8 vH) zu erreichen. Der private Konsum der gesamten Bevölkerung erfuhr in dieser Zeitspanne ebenfalls keine Änderung; von 1961 bis 1966 war der Zuwachs des privaten Konsums mit knapp 12 vH wesentlich schwächer als der des gesamten Nationaleinkommens.

3) Zu den jährlichen Veränderungen von 1961 bis 1966 s. die entsprechenden Spalten in Tabelle 1, 2 und 3.

Diese Entwicklung läßt die Abriegelung des Berliner Ostsektors am 13. August 1961 zumindest in einem neuen Licht erscheinen. Während bisher als Erklärung für diese Maßnahme meistens die Beendigung des Arbeitskräfteverlustes durch die ostdeutsche Regierung angenommen wurde, gewinnt nun die Verhängung eines zweijährigen Reallohnstops als Erklärungsursache zunehmendes Gewicht. Der Arbeitskräfteverlust durch die Ost-West-Wanderung hatte zudem den ostdeutschen Arbeitskräftebestand quantitativ kaum beeinflußt; die Gesamtzahl der Berufstätigen (ohne Lehrlinge) blieb mit 7,7 bis 7,8 Mill. seit 1957 einigermaßen konstant, wobei allerdings eingeräumt werden muß, daß sich das Arbeitspotential durch Überalterung, Teilzeitbeschäftigung und Fachkräfteverlust in seiner Leistungsfähigkeit etwas verschlechtert haben wird. Durch die Unterbindung der Ost-West-Wanderung wird die ostdeutsche Regierung jetzt jedoch von der Notwendigkeit befreit, bei ihrer Reallohnplanung die westdeutsche Entwicklung berücksichtigen oder gar die Erreichung des westdeutschen Lebensniveaus anstreben zu müssen.

Die sich 1961 abzeichnende Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten und Abnahme der Grundmittelproduktivität erforderten eine zweijährige Lohnpause, wenn Stagnation und wirtschaftlicher Rückgang vermieden werden sollten. Diese zu Lasten der werktätigen Bevölkerung betriebene Konsolidierungspolitik hätte sich mit großer Wahrscheinlichkeit vermeiden lassen, wenn man nicht erst 1963, sondern schon zehn Jahre vorher mit einer Überprüfung des volkswirtschaftlichen Planungs- und Lenkungssystems in Richtung auf eine höhere Effizienz des Wirtschaftsablaufs begonnen hätte.

D. Schlußfolgerungen

xLin abschließendes Urteil über die Erfolgsaussichten des Neuen Ökonomischen Systems ist gegenwärtig nicht möglich. Klar werden sollte man sich aber über die Maßstäbe, mit denen man Erfolg oder Mißerfolg der ostdeutschen Wirtschaftsreform beurteilen will. Inspiriert wurden die Reformmaßnahmen von den Spitzenkräften der ostdeutschen Bürokratie, die sich als hauptamtliches Leitungspersonal in den wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen zur herrschenden sozialen Gruppe konstituiert hat und in dem von ihr selbst verkündeten Wirtschaftswettlauf mit dem kapitalistischen Westen ins Hintertreffen zu geraten drohte. Die der staatlichen Bürokratie übertragene Dispositionsgewalt über die Produktionsmittel und den gesellschaftlichen Mehrwert konnte weder mit administrativen Methoden noch mit ökonomischen Mechanismen (z. B. Akkordlöhnen, erheblichen Lohn- und Gehaltschfferenzierungen, Prämien) ein gesellschaftlich optimales Produktionsergebnis realisieren.

Die für jetzt geplante Stärkung der VVB-Konzernbürokratien mag möglicherweise zwar einem technisch verstandenen Optimum im Produktionsprozeß näherführen; diese technische Verbesserung wäre jedoch auf jeden Fall gemäß dem Prinzip der „materiellen Interessiertheit“ mit einer erheblichen Finanzmittelakkumulation bei den Konzernbürokratien erkauft, die hiermit auf Zusammensetzung und Entwicklung von Bedarf (Einführung neuer Produkte, Marktforschung, Werbung) und Produktion (Anwendung neuer Produktionsverfahren) einen ungleich höheren Einfluß nehmen werden, als den geistigen Vätern des NÖS bewußt ist. Der ökonomische Handlungsablauf der Gesellschaft würde somit mehr durch das Gewinnstreben der Konzernbürokratien bestimmt, ohne daß die fremdbestimmten Arbeiter und Angestellten eine Chance hätten, sich in inner- und außerbetrieblichen Selbstverwaltungsorganen als solidarische Einheit zu konstituieren, die die ökonomischen Mechanismen kontrolliert. Ob durch die Einführung des NÖS später einmal Demokratisierungstendenzen der ostdeutschen Gesellschaft unterstützt werden, bleibt abzuwarten.